A1 Bausteine für ein GRÜNES Zuwanderungsgesetz

Antragsteller*in: Peter Rößler

1 Bausteine für ein Grünes Zuwanderungsgesetz

2 BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN erkennen die Notwendigkeit eines Zuwanderungsgesetzes für
3 die Bundesrepublik Deutschland. Die Bundesdelegiertenkonferenz beauftragt die
4 Partei und die Bundestagsfraktion das Thema weiter zu behandeln und bis zur
5 nächsten Bundesdelegiertenkonferenz einen Leitantrag für ein endgültiges Grünes
6 Zuwanderungsgesetz vorzulegen, um den Bürger*innen klar aufzuzeigen wie die
7 GRÜNE Partei sich Zuwanderung in Deutschland vorstellt. Zu diesem Zwecke
8 beschließt BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN folgende Bausteine für ein Grünes
9 Zuwanderungsgesetz. Diese Bausteine sollen zum einen die Positionen und
10 Vorstellungen zu einzelnen Regelungen der Partei widerspiegeln, zum anderen als
11 Grundstein und Gerüst für das zukünftige Zuwanderungsgesetz dienen.

12 Präambel

13 Deutschland ist ein weltoffenes und freundliches Land und heißt zuwandernde
14 Menschen willkommen. Es ist erfreulich, dass viele Menschen aus anderen Ländern
15 nach Deutschland kommen und hier leben wollen. Wirtschaftliche als auch
16 humanitäre Gründe, wie Hunger, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit, die mit
17 den prekären Situationen in vielen Regionen der Welt zusammenhängen, machen
18 einen neuen Zuwanderungsweg nötig. Deutschland möchte ihnen dafür gute
19 Möglichkeiten bieten und die Eingliederung in die Gesellschaft erleichtern. Das
20 folgende Gesetz beabsichtigt, die Zuwanderung in geregelte Bahnen zu lenken. Es
21 ist für Menschen die keine EU-Staatsangehörigkeit besitzen gedacht, die in der
22 Vergangenheit keine Möglichkeiten zur Aufnahme in Deutschland hatten.

23 Personen, die Arbeit oder Ausbildung suchen, kurz gesagt ein besseres,
24 selbstbestimmtes Leben anstreben, erhalten eine Chance auf dauerhaften
25 Aufenthalt und Familiennachzug.

26 Langfristig trägt dieses Gesetz auch zur Stabilisierung der Erwerbstätigen bei.

27 Kapitel 1 – Recht auf Zuwanderung

28 § 1 - Mindestanzahl (1) Nach Deutschland dürfen eine Mindestanzahl von Menschen
29 zuwandern, die

30 a) eine begründete Aussicht auf Erhalt einer Erwerbstätigkeit haben,

31 b) eine begründete Aussicht auf Erhalt eines Ausbildungsverhältnisses oder eines
32 Studiums haben,

33 c) nicht die Kriterien unter a) oder b) erfüllen

34 (2) Eine begründete Aussicht auf Erhalt einer Erwerbstätigkeit hat, wer

35 a) einen anerkannten Ausbildungsabschluss hat, der mindestens einem deutschen
36 Schulabschluss vergleichbar ist, oder

37 b) ein Arbeitsangebot eines in Deutschland ansässigen Unternehmers erhalten hat.

38 (3) Eine begründete Aussicht auf Erhalt eines Ausbildungsverhältnisses hat, wer

39 a) im Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 35 Jahre alt, oder

40 b) einen Ausbildungsplatz eines in Deutschland ansässigen Unternehmers erhalten
41 hat,

42 c) eine Zusage für ein Studium an einer deutschen Hochschule erhalten hat.

43 (4) Die Bundesregierung ist dazu ermächtigt per Rechtsverordnung für sogenannte
44 Mangelberufe Sonderregelungen zu erlassen. Die Regelungen der Absätze 1-3,
45 insbesondere die Mindestanzahl bleiben davon unberührt.

46 § 2 – Asyl (1) Wer als schutzbedürftig anerkannt ist, erhält den Rechtsstatus
47 als Zuwandernder (Zuwanderungsstatus). Schutzbedürftige fallen nicht unter die
48 Mindestanzahl von § 1.

49 § 3 – Einreise(1) Personen mit Zuwanderungsstatus erhalten Visa zur Einreise
50 nach Deutschland.

51 (2) Bedürftige mit Zuwanderungsstatus können beim Bundesamt für Einwanderung
52 gegen Nachweis ihrer Einkommensverhältnisse einen angemessenen
53 Reisekostenzuschuss beantragen. Näheres regelt eine Verordnung.

54 § 4 – Aufenthaltsrecht (1) Der Zuwanderungsstatus berechtigt für einen
55 Aufenthalt von 3 Jahren ab Bekanntgabe des Bescheids. Beginnt der/die
56 Zuwandernde eine schulische, berufliche oder wissenschaftliche Ausbildung,
57 verlängert sich das Aufenthaltsrecht um die Dauer der Ausbildung. Wird die
58 Ausbildung erfolgreich abgeschlossen verlängert sich das Aufenthaltsrecht um 3
59 Jahre. Wird die Ausbildung nicht erfolgreich abgeschlossen erhält der oder die
60 Zuwandernde einen Aufenthalt von mindestens einem Jahr ab Abbruch der
61 Ausbildung.

62 (2) Wer mindestens 6 Monate Beitragszahler*in des Sozialversicherungssystems
63 war, dessen Aufenthaltsrecht erhöht sich für die Höhe der Dauer des
64 Beschäftigungsverhältnisses oder der selbständigen Tätigkeit. Zeiten der
65 Beschäftigung werden nicht auf die Aufenthaltsdauer nach § 4 Absatz 1 oder
66 Absatz 3 angerechnet.

67 (3) Wer als Ausländer oder Ausländerin in Deutschland ohne Bleiberecht und
68 Zuwanderungsstatus lebt oder sich aufhält, erhält auf Antrag ein Bleiberecht von
69 einem Jahr.

70 Kapitel 2 – Integration

71 § 5 – Sprache (1) Mit dem Zuwanderungsstatus ist das Recht auf Unterstützung
72 beim (weiteren) Erwerb der deutschen Sprache verbunden, sowie rechtliches und
73 kulturelles Basiswissen.

74 (2) Des Weiteren fördert das zuständige Bundesamt aktiv

75 a) den Erwerb der deutschen Sprache in Staaten, die nicht Mitglied der EU sind
76 und

77 b) den Austausch ausländischer Lernenden und Studierenden an deutschen Schulen
78 und Hochschulen und

79 c) den Austausch für Arbeitnehmer*innen z.B. Praktika.

80 (3) Eine ausgeglichene Förderung von Frauen und Männern ist ein besonderes
81 Anliegen.

82 § 6 – Zuwanderungsstatus (1) Mit dem Zuwanderungsstatus das gleiche Recht auf
83 Bildung verbunden, das deutschen Staatsbürger*innen zusteht.

84 (2) Mit dem Zuwanderungsstatus ist das Recht auf Sozialleistungen verbunden, das
85 den EU-Staatsbürger*innen gleichsteht.

86 (3) Mit dem Zuwanderungsstatus ist das kommunale Wahlrecht verbunden. Weitere
87 Bestimmungen des Kommunalwahlrechts bleiben unberührt.

88 (4) Mit dem Zuwanderungsstatus ist das Recht verbunden, sich durch Arbeitselbst
89 zu versorgen.

90 (5) Nach 7 Jahren Zuwanderungsstatus besteht Anspruch auf Einbürgerung.

91 (6) Mit dem Zuwanderungsstatus ist das Recht auf Familienzusammenführung
92 verbunden. Nachgezogene Familienangehörige erhalten den Zuwanderungsstatus.

93 Kapitel 3 – Schlussbestimmungen

94 § 7 – Evaluation (1) Die Bundesregierung erstellt jährlich einen
95 Zuwanderungsbericht, um über die wichtigsten Entwicklungen zu informieren und
96 Verbesserungsbedarf zu identifizieren.

97 (2) Jeweils nach fünf Jahren wird ein unabhängiges Forschungsinstitut mit einer
98 wissenschaftlichen Evaluation der Zuwanderungsbedingungen und -ergebnisse
99 beauftragt.

100 (3) Der Zuwanderungsbericht und der Evaluationsbericht werden jeweils im
101 Bundestag diskutiert.

Begründung

Seit Herbst 2015 wurden immer wieder Forderungen nach einem "modernen Zuwanderungsgesetz" laut. Kein*e Politiker*in und bisher auch keine Partei erklärte den Bürger*innen wie Mensch sich das vorstellt mit diesem "modernen Zuwanderungsgesetz". Zuletzt wurden unter dem Druck von Rechtspopulisten die Rufe nach einem modernen Zuwanderungsgesetz immer leiser und schließlich verschwand die Forderung von der politischen Tagesordnung. Das Thema ist jedoch viel zu wichtig, als dass es unter den Teppich gekehrt werden darf.

Dieser Antrag verfolgt letztlich 2 Ziele:

1. Er soll den Menschen aufzeigen, wie die Partei BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sich das vorstellt mit der Zuwanderung und wie einzelne mögliche Regelungen aussehen könnten. Wir schaffen durch klare Positionierung Transparenz.

2. Der Antrag soll ein Auftrag an uns selbst sein, bis zum nächsten ordentlichen Bundesparteitag eine in sich stimmende GRÜNE Zuwanderungssystematik zu erstellen. Dafür kann dieser Antrag als Grundgerüst dienen.

Unterstützer*innen

Dr. Maria Rapp (Mitglied KV Böblingen); Dirk Bösenberg (Mitglied KV Böblingen); Petra Faller (Mitglied KV Böblingen); Peter Kümmel (Mitglied KV Böblingen); Claudia Maresch (Mitglied KV Böblingen); Christoph Jahn (Mitglied KV Böblingen); Konrad Heydenreich (Mitglied KV Böblingen); Peter Schild

(Mitglied KV Böblingen); Sigrid Schild (Mitglied KV Böblingen); Antje Kopp (Mitglied KV Böblingen); Annemarie Haug (Mitglied KV Böblingen); Jonathan Eklund (Mitglied KV Böblingen); Steffen Streicher (Mitglied KV Böblingen); Daniela Toscano (Mitglied KV Böblingen); Jens-Uwe Renz (Mitglied KV Böblingen); Heinz Renz (Mitglied KV Böblingen); Sanja Jäger (Mitglied KV Böblingen); Andrea Menschick (Mitglied KV Böblingen); Jochen Breutner-Menschick (Mitglied KV Böblingen); Dieter Schmidt (Mitglied KV Böblingen)